

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute

Europa? Nachhaltigkeit?
Jetzt an 2019 denken!

Von Adolf Kloke-Lesch / Christine
Hackenesch / Janina Sturm
*Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)*

Die aktuelle Kolumne

vom 18.12.2017

Europa? Nachhaltigkeit? Jetzt an 2019 denken!

Bonn, 18.12.2017. Während Deutschlands politische Klasse nachsitzen und noch das Ergebnis der Bundestagswahl 2017 umsetzen muss, richten sich die Blicke in Europa schon nach vorne: Die Vorbereitungen zum nächsten EU-Budget beginnen. Mit dem sogenannten Mehrjährigen Finanzrahmen legt die EU die finanziellen und politischen Schwerpunkte bis Ende der 20er Jahre fest. Im März 2019 wird Großbritannien die EU nach aktuellem Stand der Dinge verlassen. Die Bürger wählen 2019 ein neues Europäisches Parlament. Danach wird eine neue Europäische Kommission gebildet. Und: 2019 wird die EU auf dem UN-Gipfel zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung erstmals einen Bericht über ihre Fortschritte und Maßnahmen zur Erreichung der 17 Ziele der Agenda vorlegen. Es ist also höchste Zeit, die Dinge in Europa vom Kopf auf die Füße zu stellen und die Agenda 2030 zur Grundlage der europäischen Politik nach innen und außen zu machen.

Die EU befindet sich derzeit in einer problematischen Lage. Soziale Ungleichheiten innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten nehmen zu. Ihre Regierungen sind in der Flüchtlingspolitik zerstritten. Populistische Bewegungen und Parteien zweifeln am Mehrwert der EU für die europäischen Bürger. Die Agenda 2030 kann einen normativen Ausgangspunkt bieten, um die Politik der EU nach innen und nach außen sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltiger zu gestalten. Beispielsweise hat die EU sich im Rahmen der Agenda 2030 verpflichtet, Ungleichheit innerhalb und zwischen Ländern zu reduzieren.

Bis dahin ist es allerdings ein langer Weg. Die diesjährigen Wahlkämpfe in mehreren EU-Mitgliedstaaten haben verdeutlicht, dass die Agenda 2030 allenfalls als entwicklungs- und umweltpolitische Angelegenheit verstanden wird. Als übergreifendes Narrativ für die Gestaltung der Zukunft fehlt sie in der öffentlichen Diskussion gänzlich.

Wie kann die EU die Agenda 2030 in ihrer Politik verankern?

Auch auf höchster politischer Ebene in Brüssel gibt es bislang wenig Unterstützung für die Agenda. Laut einer Erklärung des EU-Ministerrats ist dieser zwar „entschlossen, eine führende Rolle“ bei der Umsetzung der Agenda 2030 zu übernehmen. Die [Ratsschlussfolgerungen vom Juni 2017](#) fordern die Kommission auch auf, eine Strategie mit Zeitplanung, Zielen und konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der Agenda zu erarbeiten. In der politischen Praxis ist davon noch wenig sichtbar. Auch ist unklar, wieviel politisches Kapital die Kommission in die Erarbeitung dieser Strategie investiert. Aktuell gibt es keinen politischen Prozess, in dem die Umsetzung der Agenda 2030 eindeutig verankert wäre. Eine Reihe von laufenden Prozessen könnten

jedoch als Anker dienen, um eine Transformation hin zu nachhaltiger Entwicklung in der EU voranzutreiben:

Diskussionen zur Zukunft der EU, die Kommissionspräsident Juncker im März 2017 angestoßen und in seiner Rede zur Lage der Union im September bekräftigt hat, konzentrieren sich bisher auf institutionelle Reformen, die Wirtschafts- und Währungsunion sowie sicherheitspolitische Maßnahmen. Die Agenda 2030 könnte helfen, eine übergeordnete strategische Vision für die Zukunft der EU zu entwerfen.

Mit dem neuen Mehrjährigen Finanzrahmen wird sich entscheiden, ob die Ausgaben in der Agrarpolitik, bei den Kohäsionsfonds, in der Forschung oder der Außen- und Entwicklungspolitik zusätzliche, zukunftsorientierte Beiträge zu nachhaltiger Entwicklung leisten oder alten Pfadabhängigkeiten folgen.

Die gerade neu geschaffene Ratsarbeitsgruppe zur Agenda 2030 sollte sich zur Aufgabe machen, die Agenda in dem Diskussionsprozess zur Zukunft der EU sowie in den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen prominent zu verankern. Die Anfang Dezember erstmals zusammengekommene [Multi-Stakeholder Plattform on the Implementation of the SDGs in the EU](#) unter Vorsitz von Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans müsste diese Prozesse kritisch begleiten.

Agenda 2030 beim Wahlkampf zum Europäischem Parlament

Die Verbindung des europäischen Gedankens mit dem der nachhaltigen Entwicklung sollte auch zu einem wichtigen Thema im Europawahlkampf werden. Die Kandidaten werden vor dem Hintergrund des Brexit und wachsender populistischer Bewegungen noch stärker unter Druck stehen, den Bürgern den Mehrwert der EU auch für ihre ganz persönliche Zukunft zu vermitteln. Die Ziele der Agenda 2030 könnten für diese Debatten einen vorwärtsgewandten, normativen Rahmen bieten. Die unterschiedlichen Parteien könnten dabei zeigen, wie sie mit ihren jeweiligen Konzepten und Strategien zur Erreichung der gemeinsamen Ziele der Agenda beitragen wollen. Dabei kann und sollte über Interessens- und Zielkonflikte, aber auch über Synergien und win-win-Potentiale gestritten werden.

Die Umsetzung der Agenda 2030 in den EU-Mitgliedstaaten kann nur mit einer überzeugenden europäischen Strategie gelingen. Damit dies beim 2019er UN-Gipfel zur Überprüfung der Umsetzung der Agenda 2030 glaubhaft präsentiert werden kann, müssen die EU und die Mitgliedstaaten jetzt ihre Hausaufgaben machen.